

# Bunter Protest im Parlament

**Finanzen** – Freie Szene und andere nutzen Etatdebatte, um gegen Streichung freiwilliger Leistungen zu demonstrieren

VON HARALD PLEINES

Es war wohl kein Zufall: Gerade hatte Bürgermeister und Kämmerer Wolfgang Glenz (SPD) gestern bei der Stadtverordnetenversammlung im Darmstadttium zu einer Rede über die Darmstädter Finanzen angesetzt, betraten immer mehr junge Leute, zum Teil bunt kostümiert und ver mummt, den großen Saal und bevölkerten die Zuschauerbänke. Auf Transparenten und mit Schildern drückten sie aus, worum es ihnen ging: Die Mitglieder und Angehörigen der kulturellen und freien Szene wie Oetinger Villa, Theater Mollerhaus, Hoffarttheater und Förderkreise für private Kinderbetreuungsinitiativen fürchten, dass die Stadt sogenannte freie Leistungen kürzt oder streicht, um so den Haushalt zu entlasten.

Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Gehrke wies auf das Vermummungsverbot hin und untersagte „Beifallskundgebungen“. Nachdem Rainer Keil, Stadtverordneter der Linken, gesagt hatte, das Parlament müsse auch ein paar Transparente verschmerzen („Von zu wenig noch weniger geht nicht“), wurde die Sitzung kurz unterbrochen, und nach kurzer Beratung des Ältestenrates mahnte Gehrke diesmal erfolgreich die Protestierer, ihre Vermummungen abzunehmen: „In der Demokratie zeigt man Gesicht“.

Als Jürgen Barth (Uffbasse) kritisierte, Magistrat und Koalition planten und bauten an den Menschen vorbei und sich gegen „Prestige- und Protzprojekte“ aussprach, drohte Gehrke an, die Zuschauer des Saales zu verweisen und erneut tagte der Ältestenrat.

Danach gingen Oberbürgermeister Walter Hoffmann (SPD) und Jochen Partsch (Grüne) mit den mittlerweile etwa 150 Protestierern ins Foyer und diskutierten mit ihnen.

Schon zu Beginn der Sitzung zogen sich die desolaten Finanzlage der Stadt und die notwendigen Einsparmaßnahmen im Haushalt durch die Debatten um einzelne Vorlagen. Eine neue Auseinandersetzung um die Darmbach-Offenlegung gab es, als es um die Feuerwehrzufahrt zum Kongress-Hotel

**Demonstranten im Parlament:** Aus Angst um die Streichung freiwilliger Leistungen der Stadt haben gestern junge Leute im Darmstadttium protestiert. Die Sitzung der Stadtverordneten stand kurz vorm Ausschluss der Öffentlichkeit.

und zur Universitätsbibliothek ging. In einem Vertrag zwischen Stadt, der TU und „Kommunalprojekt“ als Bauherr des Kongresshotels war die Rede von einer Neugestaltung des östlichen Karolinenplatzes „einschließlich Fortführung des Darmbachgerinnes“. Die Liste Alternative Darmstadt drang nicht durch mit ihrem Antrag „einschließlich“ durch „ohne“ zu ersetzen. Auf Georg

Hangs Frage, „ich denke, die Sache mit dem Darmbach war doch beendet – oder?“, entgegnete der Grüne Karl-Heinz Stephan-Roßbach, die Offenlegung des Darmbachs sei ein uraltes Anliegen des Agenda-21-Prozesses, der noch keineswegs beendet sei. Mit Mehrheit der Ampel-Koalition billigte das Parlament den Vertrag.

Heftig wurde es beim nächsten Punkt, der Renaturierung des

Darmbachs im Bereich der Lichtwiese. Mit Hinweis auf die Kosten – die Stadt muss 80 000 Euro tragen, weitere 315 000 Euro sind Fördermittel des Landes aus einer naturschutzrechtlichen Ausgleichsabgabe – sagte Rafael Reißer (CDU): „Diese schöne Maßnahme können wir uns nicht mehr leisten.“ Dies rief eine erregte Doris Fröhlich (Grüne) ans Rednerpult. Die Renaturierung

wäre doch schon von den Darmstädter Bürgern erbracht, und bei Ablehnung flössen die Fördermittel in andere Kommunen, gab sie zu bedenken. Nachdem sich auch Stadtrat Klaus Feuchtinger (Grüne), Kerstin Lau (Uffbasse), Helmut Klett (Uwiga) und Leif Blum (FDP) für das Projekt ausgesprochen hatten, wurde es gegen die Stimmen von CDU und Alternative Darmstadt beschlossen.

## Bei Magistrat und Parlament ist nichts zu holen

Die Stadt Darmstadt hat ihr Sparziel bei den Personalkosten eingehalten. Der Handlungsleitfaden zur Personalkostenkonsolidierung sieht für 2008 einen Einsparbetrag von 2,2 Millionen Euro vor; dieser Betrag wurde, wie bereits berichtet, um 1354 Euro leicht übertroffen. Dies geschah ohne betriebsbedingte Kündigungen, die die Stadt auch weiter ausschließt.

Die einzelnen Dezernate waren an diesem Erfolg unterschiedlich beteiligt, wie sich aus der gestern im Parlament behandelten

Magistratsvorlage ergibt. Die größte Einsparung (864 070 Euro) erzielte das Dezernat VI von Stadtrat Dieter Wenzel (Bürger- und Ordnungsamt, Feuerwehr, Stadtplanungsamt, Bauaufsichtsamt und Straßenverkehrs- und Tiefbauamt), das die Vorgaben um 224 250 Euro übertraf. Spar-Vizemeister ist Sozialdezernent Jochen Partsch (Sozialverwaltung, Amt für Wohnungswesen, Frauenbeauftragte und Interkulturelles Büro): Einsparungen von 410 684 Euro, 93 294 Euro mehr als vorgegeben. Auch Kämmerer

Wolfgang Glenz (Kämmerei, Kas sen- und Steueramt, Rechtsamt, Amt für Familie, Kinderbetreuung und Sport, Personalabteilung sowie Personal- und Organisationsentwicklung) konnte einen Rückgang der Personalkosten um 365 100 Euro verbuchen, laut Leitfaden sollten es allerdings 606 000 Euro sein.

Schlusslicht – die übrigen Dezernate liegen dazwischen – ist das Dezernat 0, zu dem die Stadtverordnetenversammlung samt Büro, Ausländerbeirat, Magistrat inklusive Geschäftsstelle und Re-

präsentation sowie der Personal- und der Gesamtpersonalrat gehören. Insgesamt sollten 44 550 Euro weniger für Personal ausgegeben werden. In der Spalte „Reale Einsparungen bezogen auf Haushalt 2008“ steht aber: 0,00 Euro.

Das liegt nach Auskunft der Stadt daran, dass die Sparvorgabe recht pauschal (prozentual) gemacht wurde. Doch Magistrat und Parlament beschäftigten gerade einmal fünf Mitarbeiter. „Da war nichts zu holen“, sagte Pressesprecherin Sigrid Dreiseitel. *hap*